



Keine Ende des Fluglärms

Bürgerschaft spricht sich für Maßnahmenkatalog aus

Vor gut einem Jahr haben Vertreter des BUND 14.435 Unterschriften für ihre Volkspetition zur konsequenten Nachtruhe am Hamburger Flughafen bei der Bürgerschaft eingereicht. Senat und Bürgerschaft wurden aufgefordert, „die Betriebserlaubnis für den Hamburg Airport so zu beschränken, dass werktags von abends 22 Uhr bis morgens 6 Uhr keine Flüge stattfinden. Für Sonn- und Feiertage muss das Nachtflugverbot von 22 bis 8 Uhr gelten.“ Inzwischen haben drei Anhörungen im Umweltausschuss der Bürgerschaft stattgefunden - an der Situation am Hamburger Flughafen wird das jedoch nichts ändern, denn die Bürgerschaft hat die Volkspetition des BUND mit rot-grüner Mehrheit abgelehnt.

Stattdessen sollen umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Lärmschutzes auf den Weg gebracht werden, unter anderem zusätzliche Maßnahmen bei der Ahndung von Verstößen gegen die Nachtflugbe-

schränkung und beim passiven Lärmschutz. Außerdem soll die Fluglärmschutzbeauftragte personell und rechtlich besser ausgestattet werden. „Regelmäßiges Zuspätkommen am Hamburger Flughafen wird in Zukunft deutlich mehr weh-tun“, ist Anjes Tjarks, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN Bürgerschaftsfraktion überzeugt. Auf ein längeres Nachtflugverbot konnte sich die Bürgerschaft jedoch nicht einigen. In begründeten Ausnahmefällen sollen auch weiterhin Flugzeuge bis 0 Uhr landen dürfen.

Unverbindliche Vorschläge

Angesichts dieser Enttäuschung äußert sich Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg empört: „Was rot-grün vollmundig als Verbesserung des Lärmschutzes am Hamburger Flughafen verkauft hat, ist ein Kniefall vor den Interessen der

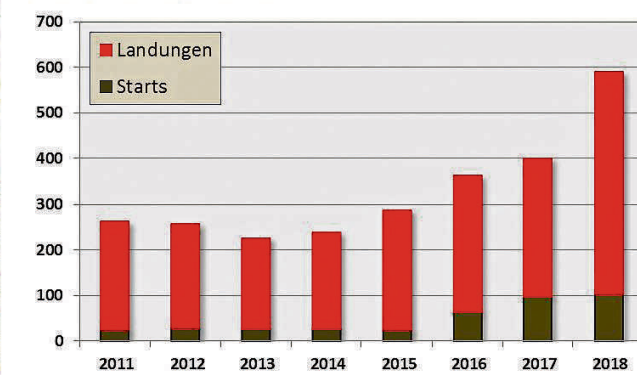
Fluggesellschaften und der Unternehmensleitung des Flughafens. Die Vorschläge der Regierungsparteien enthalten lediglich weitgehend unverbindliche Vorschläge. Damit kann bestenfalls die systematische Umgehung der bereits seit Jahren geltenden Regelungen etwas eingedämmt werden.“ Und Martin Mosel, Sprecher des BUND-Arbeitskreises Luftverkehr ergänzt: „Die Umsetzung geltender Regelungen ist keine Errungenschaft, sondern bestenfalls eine Selbst-

verständlichkeit. Die dem Thema aufgeschlossene grüne Fraktion in der Bürgerschaft ist offensichtlich wieder einmal vor dem großen Koalitionspartner eingeknickt.“



Anzahl an Starts und Landungen außerhalb der Betriebszeit* am „Helmut Schmidt-Airport“ (1. Halbjahr)

* = Linien- und Touristikflieger zwischen 23 Uhr und 06 Uhr



Datenquellen: DFLD - Deutscher Fluglärmdienst e.V., FHG - Flughafen Hamburg GmbH (TraVis)

Grafik: BUND

Schlag ins Gesicht

Der BUND will diesen „Schlag ins Gesicht“ für die von Flug-

lärm betroffenen Menschen auf keinen Fall hinnehmen. 2019 stehen die Bezirks- und 2020 die Bürgerschaftswahlen an. „Spätestens dann werden wir die verantwortlichen Politiker wieder mit dem Thema konfrontieren“, so Braasch.

Außerdem will der BUND sich die aktuelle Betriebserlaubnis und die Bahnbenutzungsrege-

lungen des Flughafens genau anschauen und ggf. rechtliche Schritte prüfen.

Keine Ruhe nach 23 Uhr

Eine aktuelle Kleine Anfrage der CDU hat jetzt ergeben, dass im Vergleich zum Vorjahr bis August rund 25 Prozent mehr Starts und Landungen nach 23 Uhr gezählt wurden: 892 Mal – allein 131 Mal im August. Noch im Juli hatte der BUND bei der Auswertung der Flugbewegungen nach 23 Uhr für das erste Halbjahr 2018 festgestellt, dass die geltenden Betriebszeiten am Flughafen Hamburg weiter massiv verletzt werden. Gegenüber dem 1. Halbjahr 2017 (400 Verspätungen nach 23 Uhr) haben die Starts und Landungen im gleichen Zeitraum 2018 wieder zugenommen (589 Verspätungen nach 23 Uhr – siehe Grafik). (du) Mehr Infos: www.bund-hamburg.de/themen/umweltpolitik/flugverkehr und auf der WUZ-Website: www.wuzonline.de

- Gartengestaltung
- Teichbau
- Naturspielplätze
- Baumpflege

040 - 601 06 80 www.biotop-hamburg.de

Meine Stadt, mein Dorf, meine Apotheke.

ALTE APOTHEKE VOLKSDORF in Hamburg

Im Alten Dorfe 38 · 22359 Hamburg · Telefon: 040 / 603 44 16

Wir versaften das Obst aus Ihrem Garten

Zur Lohnverarbeitung, nehmen wir noch laufend - Äpfel, Birnen - an. Vom 15. - 26. Oktober auch Quitten.

* Die Obstanlieferung kann nur nach telefonischer Terminvereinbarung erfolgen!

Süßmosterei Paul Schmidt

Dorfstraße 28 Nienwold / Stormarn Tel. 04537-250
Weitere Info unter: www.suessmost-schmidt.de/ lohnmosterei

Direkt an der Quelle wohnen.

BACKHAUS SOLARTECHNIK

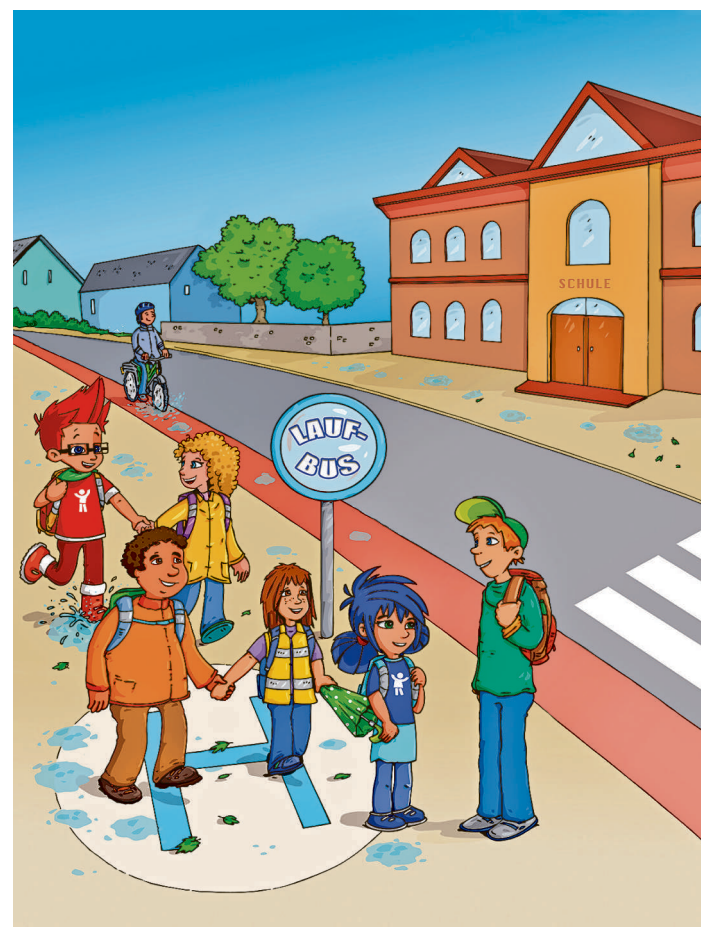
SONNE HOLZ GAS REGEN LUFT

BERGSTEDTER MARKT 1 · 22395 HAMBURG · FON 040 604412-91 · FAX -92
WWW.BACKHAUSSOLARTECHNIK.DE

Mehr Parkraum für Elterntaxis oder zu Fuß zur Schule? Kontroverse Meinungen zum Schulweg

Noch vor einigen Jahrzehnten war es üblich, dass Kinder den Weg zur Schule zu Fuß machten. Das Wort „Elterntaxi“ gab es gar nicht. Dass Eltern ihre Sprösslinge mit dem Auto vor der Schule absetzen war eher die Ausnahme, zum Beispiel bei schlechtem Wetter. Inzwischen wird fast jedes dritte Kind mit dem Auto zur Schule chauffiert. Begründung: Die Kinder sollen vor den Gefahren im Straßenverkehr geschützt werden.

Dass Eltern ihren Kindern damit keinen Gefallen tun, wissen die wenigsten: Mädchen und Jungen, die ihren Schulweg selbst in die Hand nehmen, können auf dem Weg gemeinsam mit ihren Freunden viel erleben und besprechen. Das fördert die sozialen Kontakte und schult die Sinne der Kinder. Außerdem nehmen sie ihre Umgebung bewusster wahr und lernen, sich selbstständig im Verkehr zu bewegen. Das ist wichtig, denn die Eltern können sie nicht immer auf allen Wegen begleiten. Kinder müssen früh lernen, mit den Gefahren im Straßenverkehr umzugehen. Darum ist es wichtig, die Kinder nicht unvorbereitet auf den Weg zu schicken. Sie müssen ihre Wege üben und über die Gefahren aufgeklärt werden. Deshalb wird in vielen Schulen zum Schulanfang für alle Erstklässler gemeinsam mit der Polizei ein Schulwegtraining angeboten. Studien belegen, dass Kinder im anschließenden Unterricht aufnahmefähiger sind, wenn sie einen Fußweg hinter sich haben.



Der VCD und das Kinderhilfswerk organisieren seit 2007 die Aktionstage „zu Fuß zur Schule“

Die Nachteile liegen hingegen auf der Hand: „Elterntaxis“ sind eine Gefahr rund um viele Schulen. Oft halten Eltern verbotswidrig oder behindern durch riskante Wendemanöver andere Schüler, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad kommen. Die Polizei hat ermittelt, dass der morgendliche Verkehr und das Verkehrschaos in der Nähe von Schulen vor allem durch Elterntaxis verursacht werden. Darüber hinaus ist die Luftbelastung durch die Abgase ein Problem.

Da das Phänomen der Elterntaxis in den letzten Jahren stark zugenommen hat, gibt es viele Überlegungen, wie sich die Situation entschärfen lässt. Die Hamburger Elternkammer hat angeregt, so genannte Kiss & Drop-Zonen in der Nähe der Schulen einzurichten, damit Eltern, die darauf angewiesen sind, ihr Kind mit dem Auto zur Schule zu bringen, eine Möglichkeit bekommen, dies für alle sicher zu tun. Trotzdem hält es die Elternkammer nach wie vor für sinnvoll, wenn Kin-

der früh lernen, den Schulweg selbstständig zu bewältigen. Seit vielen Jahren gibt es daher am 22. September den „Zu Fuß zur Schule“-Tag. Er wird vom Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) und vom Deutschen Kinderhilfswerk e.V. organisiert (www.zu-fuss-zur-schule.de). In diesem Jahr finden die Aktionstage vom 17. bis zum 28. September statt. In dieser Zeit werden Kinder aufgefordert sich zu bewegen – also zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Roller zur Schule zu kommen. Auch der ADAC appelliert an alle Eltern, ihre Kinder auf einem sicheren Schulweg so oft wie möglich zu Fuß zur Schule gehen zu lassen. Eine gute Möglichkeit, den Schulweg zu trainieren ist der „Laufbus“: Eine Gruppe von Kindern geht zusammen zur Schule und wird dabei von einem oder mehreren Erwachsenen begleitet, bis die Gruppe sicher genug ist, um alleine zu laufen. An „Haltestellen“ können andere Kinder dazustoßen oder Eltern sich ablösen. Trotzdem gibt es immer noch Eltern, die weiterhin auf Elterntaxis setzen. In Hannover wurde jetzt beschlossen den Modellversuch einer Schule (u.a. Einrichtung einer Elternhaltestelle, ein zeitlich befristetes Zufahrtsverbot zum Schuleingang, Kontrolle durch die Polizei) auch auf andere Schulen auszuweiten. Es sollen an die jeweilige Schule angepasste Maßnahmen entwickelt werden, um verkehrssichere Räume an den Schulen zu schaffen. Ein Beispiel für Hamburg? (du)